

# Posener Zeitung.

Einnundneunziger Jahrang.

Nr. 164.

Mittwoch, 5. März.

1884.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt jährlich für die Stadt Posen 4,- Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Aufser 20 Pf. die schlagspaltene Zeitzeile über deren Raum, Stellen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Amfliche.

Berlin, 4. März. Der König hat dem praktischen Arzt Dr. med. Theodor Nadowski zu Noworadzko den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Privatdozent Dr. R. Werth in Kiel ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden. An der höheren Bürgerschule zu Bonn ist die Ernennung der ordentlichen Lehrer Dr. Jenkrahe und Dr. Mörs zu etatsmäßigen Oberlehrern genehmigt worden.

Dem zur Zeit als Repetitor bei der Thierarzneischule zu Hannover beschäftigten Kreis-Thierarzt Schneidermüller ist die Verwaltung der neu errichteten Kreis-Thierarztschule des Kreises Halberstadt, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Osterwick, übertragen worden.

## Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung.

Berlin, 4. März. Am Ministerische: v. Puttkamer, Friedberg, Dr. Lucius, v. Schulz, v. Gößler.

Bräutigam v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Das Haus legt die dritte Beratung des Staats fort. Beim Staats des Ministeriums des Innern wünscht Abg. Reichenberger (Olpe) eine Ergänzung des Gesetzes über die Unterbringung verwahrloster Kinder.

Abg. v. Wierzbinski bemängelt eine Bestimmung einer Posener Bezirksbehörde, welche für neu entstehende Ortschaften nur deutsche Ortsnamen gestatten will.

Minister v. Puttkamer: Es ist bereits eine Beschwerde über die erwähnte Bestimmung bei mir eingegangen; eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt. Der Vorredner geht davon aus, daß die Bezeichnung neu entstehender Ortschaften Satte der betr. Eigentümmer sei. Das ist unrichtig, die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß verständliche Bezeichnungen gewählt werden. Die Bestimmung der Bezirksbehörde, daß absolut nur deutsche Namen gewählt werden sollen, will ich nicht direkt billigen, doch muß ich sagen, daß ich eine große Mehrzahl polnischer Ortsnamen im Interesse administrativer und geschäftlicher Verhältnisse nicht wünschen kann.

Abg. Frhr. v. Schorlemers Alst: Ich muß aus den Neuheiten des Herrn Ministers leider schließen, daß er die Beschwerde obhäligig entscheiden wird — schon aus dem liebsten Prinzip, die Unterbehörden nicht im Stiche zu lassen. Ich halte aber eine Bestimmung für eine solche, die die polnische Besiedlung auf's Neuerste erregen müßt — ich bitte den Herrn Minister, jene Bestimmung der Bezirksbehörde aufzuheben. (Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Haben: Ich bin erstaunt, daß der Vorredner die Neuheiten des Ministers als eine Ablehnung der Beschwerde bezeichnet — ich habe aber das Gegenbeispiel herausgeholt und glaube, daß Abg. v. Wierzbinski mit der Antwort sehr zufrieden sein kann.

Abg. Kantak: Sollen wir denn gar kein Recht mehr haben und ein Vorwerk auf unseren Besitzungen nicht nach unserem Belieben nennen können? Die Antwort des Herrn Ministers hätte uns aufdringlich gemacht, wenn er nicht zum Schlüsse ausgeschlossen hätte, er halte eine Vermehrung der polnischen Ortsnamen für unerwünscht.

Die Diskussion wird geschlossen.

Beim Titel „Standesämter“ spricht

Abg. Dr. Meyer (Breslau) den Wunsch aus, daß die Standesämter den Zeitungen auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf die politische Stellung derselben die standesamtlichen Nachrichten zum Abschluß überlassen.

Abg. Kantak verlangt vom Abg. v. Tiedemann den Nachweis für dessen in zweiter Beratung gethanenen Neuherung, daß er (Kantak) nicht von Polen abstamme.

Abg. v. Tiedemann (Worms) erwidert, daß der Name Kantak eine Polonisierung des deutschen Kanthalen sei. Im Regierungsbezirk Bromberg hat eine Familie dieses Namens gewohnt, von welcher Abg. Kantak, dessen Mutter eine Deutsche sei, abstammt.

Abg. Kantak: Es ist gleichgültig, ob das Wort Kantak polnischen oder deutschen Ursprungs ist. Daß ich auf diese Angelegenheit heute bei der dritten Beratung zurückkomme, haben die taktlosen Angriffe des Abg. v. Tiedemann auf den Abg. Szumann und mich veranlaßt. Der Vorredner hat irgend einen Mann, der Kanthalen heißt, aufgefunden und von dem soll ich abstammen. Ich will ihm aber andere, bessere Beweise geben. Neben liegt unter großer Heiterkeit des Hauses das Tauschungsschreiben seines Vaters, seiner Tante, die Bescheinigung seiner Immatrikulation vor, in welcher er „Kantak“ genannt wird, und fährt dann fort: Meine Mutter ist eine reine Polin, ob ihre Urgroßmutter vielleicht eine Deutsche gewesen ist, weiß ich nicht.

Der Präsident fragt den Ausdruck „taktlos“ als unparlamentarisch.

Abg. Kantak: Gut, dann sage ich „unpassend“. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Staats des Ministeriums des Innern wird sodann ohne Diskussion genehmigt.

Zum Staats der Landwirtschaftlichen Verwaltung beantragt die

Abg. Letocha und Dr. Lieber (Montabaur) die Regierung zu erüren, den bei den Auseinandersetzungsbehörden (General-Kommissionen) beschäftigten Feldmessen auf deren erst nach Jahr und Tag zur Feststellung gelangende Ansprüche an die Staatskasse auch für Hülfskräfte, Reisefesten, baare Auslagen u. s. w. von durchschnittlich jährlich 7500 Mark angemessene Monatsvorschüsse leisten zu lassen und demgemäß die bisher üblichen Vorschüsse von durchschnittlich 250 Mark monatlich auf durchschnittlich 500 Mark zu erhöhen.

Abg. Dörichet: Im Bezirk des Landwirtschaftlichen Centralvereins in Königsberg haben sich zwischen der zweiten und dritten Sitzung dieses Staates Ereignisse abgetragen, welche mich veranlaßt, sie hier zur Sprache zu bringen. Im Dezember v. J. sollte in Königsberg die Neuwahl des Vorstandes des Landwirtschaftlichen Centralvereins stattfinden; etwa vierzehn Tage vorher erließ Herr Julius Schulz, ein Mann von bekannter vielseitiger politischer Vergangenheit, zur Zeit Vorsitzender des Ostpreußischen konservativen Vereins, ein „sehr vertrauliches“ Birkular, in welchem er zum Beitritt in den landwirtschaftlichen Verein auffordert, um die Wahl des Vorstandes des Centralvereins im konservativen Sinne beeinflussen zu

können. 86 Herren folgten der Aufforderung, darunter nur 36 Landwirthe, aber das Gros der Regierungsbeamten in Königsberg. Diese 86 Herren wurden hierauf in den Lubauer Verein aufgenommen, ohne daß sie — wie es Vorschrift — das Statut unterschrieben hätten. — In der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins entspans sich nun eine Diskussion über die Zulassung dieser 86 Herren zur Abstimmung. Die 86 Herren aber waren so „ritterlich“, wie Sie auf der Rechten zu sagen pflegen, über ihre Zulassung mit abzustimmen. In Folge dessen gewannen sie die Majorität natürlich für sich und der konservative Kandidat wurde gewählt. — Der Herr Minister für Landwirtschaft hat früher einmal die Ansicht ausgesprochen, daß die Politik den landwirtschaftlichen Vereinen fern bleiben müsse. Es bedeutet der geschilderte Vorgang eine Terrorisierung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins, der zu einem politischen Wahlverein gemacht worden ist. (Beifall links.)

Minister Dr. Lucius: Ich bedauere den Ausschreibungen nicht widersprechen zu können und konstatire, daß ich heute noch auf denselben Standpunkte stehe, wie früher. Soweit das Ministerium im Stande ist, Stenodur eintreten zu lassen, ist es bereits geschehen. Eine Prüfung der Legitimation zu der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Centralvereins steht der Regierung nicht zu; die landwirtschaftlichen Vereine haben sich frei und unabhängig von der Regierung entwickelt. Das Statut ist ein derartiges, daß Eingriffe der Regierung nicht zustehen. — Während in allen übrigen Provinzen, außer Nassau, die Wahlen derartig stattfinden, daß die Vorsitzenden der Kreisvereine zur Wahl zusammen treten, ist es in Ostpreußen Gebrauch, direkter Wahlen, eine Art Plebisit zu veranstalten. Die Bestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern machen den Eintritt sehr leicht — es liegt also eigentlich kein Moment vor, welches unzulässig erscheint. Nach eingezogenen Evidenzurkunden steht fest, daß die Regierungsbeamten der Abstimmung beigeblieben, aber nicht mitgestimmt haben. Daß die Herren über ihre Zulassung mitabgestimmt haben, ist Schuld des Vorstandes. Ich glaube, daß aus meiner Darstellung resultiert, daß der Verein selbst dafür verantwortlich ist. So wenig ich diese politische Agitation billigen kann, kann ich doch eine Prüfung der vollzogenen Wahl nicht eintreten lassen. Sollte jedoch ein Mißbrauch der dem Verein von der Regierung zugesetzten Mittel zu außenlandwirtschaftlichen Zwecken stattfinden, so würde ich nicht zögern, einzutreten. (Beifall.)

Abg. Febr. v. Minnigerode hält die Angelegenheit für eine rein ostpreußische. Ich kann das Vorgehen des Generalsekretärs Schulz auch nicht ganz billigen, aber die Politik ist mit der Landwirtschaft doch so sehr verbunden, daß sie sich nicht ganz von dem landwirtschaftlichen Centralverein ausschließen läßt. Abgeordneter Diriclet hat gesagt, daß von den 86 Herren nur 36 Landwirthe waren — aber gehören den landwirtschaftlichen Vereinen nicht auch viele forstwirtschaftliche Handwerker etc. an? Das die Herren mit abgestimmt haben, finde ich nicht „unritterlich“ — in Wahlversammlungen besteht doch stets diese Praxis. — Der Angriff auf Herrn Julius Schulz persönlich ist völlig unberechtigt. Ich mache Niemandem einen Vorwurf aus einem Wechsel seiner politischen Überzeugungen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Föllersamb bestreitet, daß die Agitation des Herrn Schulz zu dieser Wahl eine direkte oder rein politische gewesen ist. Der Landwirtschaftliche Centralverein hat lange genug Freibandelspolitik getrieben, es wäre gut, wenn jetzt eine andere Strömung hineinkäme.

Abg. Duast: Der Herr Minister sagt, die Angelegenheit sei Sache des Centralvereins — das ist richtig. Das noch sein Protest gegen die Wahl vorliegt, liegt darin, daß die Verwaltung des Vereins erst am 15. März aufzutreten. Wunderbar ist es doch, daß der Verein jetzt, nachdem diese Agitation geübt ist, beschlossen hat, in Zukunft nur Landwirthe aufzunehmen.

Abg. Dr. Hänel: Präzedenzfälle zu dieser Sache liegen zahlreich vor; wiederholte sind z. B. Sozialdemokraten in Krankenanstalten eingetreten, um sie zu sprengen. In dem vorliegenden Falle ist Sitte und Usus verlegt worden und mit gutem Gewissen kann Keiner von Ihnen die Sache verteidigen, auch Abg. v. Minnigerode nicht, der sich mit allgemeinen Betrachtungen hinwegholt. Es liegt hier eine brutale Vergewaltigung einer Organisation vor. Das Birkular besagt doch, der Landwirtschaftliche Centralverein solle in Zukunft konservative Wahlpolitik treiben; es galt nicht die Förderung der Landwirtschaft, sondern es handelte sich allein um einen politischen Effekt und deshalb war es gut, der Sache hier einen Makel anzuhängen. (Beifall links.)

Abg. Freib. v. Minnigerode: Es war dem Vorredner vorbehalten, eine Parallele zwischen den Sozialdemokraten und dem Vorredner in Königsberg zu ziehen. Aber es haben sich doch nur Landwirthe an der Wahl in einem landwirtschaftlichen Verein beteiligt. (Rufe links: Nein!) Abg. Hänel sagt, selbst ich hätte die Sache nicht verteidigen können. Bin ich denn ein Tüftler? Ich denke, Sie wissen doch, ich habe Tiefquart, daß es faust (Heiterkeit). Im Übrigen halte ich die Fortschrittspartei nicht für geeignet, hier ein Kollegium über Instanz zu halten. (Beifall rechts.)

Die Diskussion über diese Angelegenheit wird geschlossen.

Abg. Dr. Lieber plädiert hierauf für den von ihm und dem Abg. Letocha gestellten Antrag. Dieser Antrag ist eine Notwendigkeit; wir bitten, daß das Haus diesen Notbehelf bewilligen wolle, damit der gegenwärtige Notstand sein Ende findet. Diese Staatsbeamten müssen jetzt auf Entschädigung für ihre Leistungen mehr als ein Jahr warten, sie haben Zinsverlust und fallen Wucherern in die Hände. (Beifall.)

Geb. Rath Sterneberg bittet um Ablehnung des Antrages, der in die Details der Verwaltung eingreife; so wie er jetzt vorliegt, sei der Antrag durchaus unausführbar.

Abg. Dr. Lieber bittet dann zum Mindesten um Überweisung seines Antrages an eine Kommission, um genauere Erhebungen darüber anstellen zu können. Bei seinem Antrage handele es sich weniger um Festsetzung der Durchschnitte, als um angemessene Entschädigung der Feldmesser, als sie bisher bestanden habe.

Der Antrag Letocha-Lieber wird darauf auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher an die Budgetkommission verwiesen.

Der Staats der Landwirtschaftlichen Ministeriums wird sodann bewilligt.

Bei Beratung des Kultus-Staats bedauert

Abg. Dr. Reichenberger (Köln), daß das Gewerbemuseum zu Berlin noch immer keine reine Staatsanstalt ist. Finanzielle Bedenken könnten doch wohl kaum dabei im Spiele sein, da dem Staate

ja für Museumszwecke nichts Mittel zu Gebote ständen. Ich bitte daher um Angabe der Gründe, die die Verstaatlichung verzögern.

Ministerial-Direktor Greiff: Die Verstaatlichung des Gewerbe-Museums ist von der Regierung in Aussicht genommen, auch die Aktionäre desselben haben sich bereits damit einverstanden erklärt. Für den diesjährigen Etat ist es jedoch wegen der bedeutenden Mehrkosten nicht angängig gewesen, diese Verstaatlichung zu beantragen.

Abg. Hänel spricht sich gegen die Beschränkung der katholischen Krankenschwestern aus, die, wie überhaupt die Maigesetze — nur geeignet sei, weite Kreise der Bevölkerung gegen die Regierung einzunehmen und in die Opposition zu drängen. (Sehr richtig!) Es sei dadurch nur eine neue Reihe von Märtyrern geschaffen und Märtyrinnen gesetzt. Er könne daher nur um Aufhebung dieser Beschränkungen bitten; es sei kein Privilegium, das er verlange, sondern nur die Freiheit. (Beifall im Zentrum.) Man werde auch nicht fragen, wer dazu etwas beitrage, sondern sich freuen, wenn überhaupt etwas geschieht. So lange kein Grund vor, sich gegenzeitig zu hemmen, sondern man habe alle Veranlassung, alle Kräfte frei zu lassen und gemeinsam zu wirken. Durch solche Beschränkungen werde man auch niemals eine Hebung der Sittlichkeit erzielen; vielmehr könne das nur geschehen durch thatkräftige Unterstützung der am meisten in Betracht kommenden Bevölkerungsschichten durch Errichtung von Asylen für Obdachlose, durch Arbeitsnachweise, Suppenanstalten, Einrichtungen gegen die Zunahme des Branntweingenusses und namentlich Fürsorge für eine genügende Beschäftigung entlassener Strafgefangener, um ihnen den Wiedereintritt in ein geordnetes Leben zu erleichtern. Um so bedauerlicher sei der Erlös des Klostergesetzes. Die Klöster hätten ungemein segensreich auf die Errichtung der niederen Volkschichten gewirkt und ein sehr bedeutendes Gegengewicht gebildet gegen die Gefahren des jüngsten Fabrikbetriebes, welche die Leute von dem Sinne für die Häuslichkeit abziehen und ihnen damit den moralischen Halt rauben. Die Autorität der Eltern sei zu gering, um darin bei den jüngeren Leuten Abhilfe zu schaffen, da müsse der Staat eintreten. Er könne das namentlich durch die Gestaltung der Krankenschwesternorden, die auch die Mittel bieten würden, die soziale Rüst zwischen Reichen und Armen zu überbrücken. Er bitte daher zu erwägen, ob es nicht besser wäre, dieses Gesetz aufzuheben und die Ordens der Krankenschwestern wieder freizugeben. (Beifall im Zentrum.)

Beim Titel „Oberkirchenrat“ nimmt das Wort

Abg. Stöder: Die Rede des Abg. Hermes bei der zweiten Beratung hat in und außer dem Hause Aufsehen erregt. Ich würde heute auf eine Beschwerde nicht eingehen, aber wenn Abg. Hermes das Konsistorium angeklagt hat, es untergräbe das kirchliche Leben, so ist das eine so schwere Beschuldigung, daß man davon nicht schweigen kann. Am 11. Februar ist im Oberkirchenrat beschlossen worden, Abg. Hermes zu bitten, an der Stelle, wo er seine Beschuldigungen erhoben, diese auch zu berichtigten. Gerade da, wo Abg. Hermes den Nachweis der Schuld des Konsistoriums führen wollte, liegen seine schwersten Irrtümer. Herr Hermes hat besonders in drei Punkten das Konsistorium angegriffen. Erstlich: die Auslegung der Frage, wie viel Kirchenrente vorhanden sein müßten. Nun, das Polizeipräsidiumtheil in einem Schreiben an das Konsistorium dessen Ansicht. Der Zweite beschäftigt sich damit, daß das Konsistorium die Beschleunigungsfähigkeit des Kirchenrats theils verschuldet, theils herbeigeführt hat. Die vier Kirchenältesten aber sind ausgetreten, weil sie sich nicht mehr mit der Kirchengemeinde in Einklang fühlen. Der dritte Punkt der Anklage war der, daß das Konsistorium Kirchenälteste ohne Proklamation eingeführt. Der Patronatsvertreter hat aber aus eigener Initiative den Antrag auf Einführung der Kirchenältesten eingebbracht, nicht auf Veranlassung des Konsistoriums. Wenn Abg. Hermes seinen Appell mit der Aufforderung geschlossen, andere Personen an jene Stelle zu stellen, so wird der Appell unbeachtet verhallen. Ihr Schmerz ruht nur daher, weil Sie bei den letzten kirchlichen Wahlen in einigen Gemeinden unterlegen sind, so in der Sowjetengemeinde, wo das Laienelement große Verschleppungen der Verhandlungen herbeigeführt hat. Abg. Zelle hat in jener Sitzung bestimmt, daß die Behörde von St. Johannis in Moabit vom Konsistorium so oft getadelt wird. Aber diese Kirchengemeinde hat die Tätigkeit der Stadtmision eine Reorganisation des Mönchsweises genannt und eine Beratung auf den Charfreitag einberufen. Ebenso eigentlich ist der Beschuß der Gemeinde Berlin II, daß ein Kirchenältester der Reformgemeinde Kalkbothen beitreten kann. — Abg. Zelle hat den Indifferentismus als Gefahr bezeichnet, größer aber ist die Gefahr des Zwistes mit den liberalen Gemeindemitgliedern und wenn Herr Hermes solch einen Bankaspel hier in die Diskussion bringt, so gefährdet er den Frieden der Kirche. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Hermes: Der Abg. Stöder hat ganz und gar nicht die Unrichtigkeit meiner damaligen Ausführungen nachgewiesen. Wenn er sagt, daß die Zurücknahme der Anklageschrift seitens der Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Patronatsvorsteher geschehen sei, so belastet er damit eine einzelne Person, einen Beamten, um das Konsistorium zu entlasten. Eine solche Beamtenbeschuldigung widerspricht doch ganz und gar der preußischen Tradition. Wenn die Herren aber wirklich gewusst hätten, daß der Prozeß zur Entscheidung käme, so hätten sie sich ja nur als Verfasser jenes Flugblattes, um welches es sich da handelt, zu bekannten brauchen. Wenn weiter, wie es geschehen ist, die Kommission, welche 1878 den Beschuß des Kirchenrates über die Gebührenfreiheit und Vergütung von Begräbnisplänen ändern sollte, erst 1880 zusammengetreten ist, so liegt das doch nur an dem Vorredner, unserem Herrn Prediger. (Hört, hört! links.) Er und nicht das Laienelement hat also die Verzögerung herbeigeführt. — Was die Misswirtschaft in der Sowjetengemeinde anläßt, so hat die Gemeindekirchenrat eine Beschwerde über das Verhalten des ersten Predigers an das Konsistorium gesendet. Als Antwort darauf reichte der Geistliche ebenfalls eine Anklageschrift ein, deren Behauptungen er jedoch vor dem Kirchenrat durchaus nicht beweisen konnte; er erklärte sogar schließlich, diese Beweise seien auch gar nicht nötig, denn seine Behauptungen seien altenmäßig in seiner Schrift beim Kirchenrat niedergelegt. Von diesem selbst wurde sein Verfahren für genügend erklärt und dem Kirchenrat somit die Möglichkeit abgeschnitten, sich zu vertheidigen; als er es dennoch versuchte, erhielt er zur Antwort, das Konsistorium könne ein Recht der Weltbesten, sich gegen diese Beschwerden zu vertheidigen, ohne dazu amtlich aufgefordert zu sein, nicht anerkennen; die Anklageschrift selbst gehörte zu den Akten. (Heiterkeit links.) So wurde sie ohne Weiteres zum altenmäßigen Material gemacht und der Vertheidigung zu Grunde gelegt. (Hört, hört! links.)

Die Sache verhält sich also ganz anders, als Herr Stöder sagt, und ich bedaure nur, daß ich durch ihn provoziert bin, hier Sachen

vorzubringen, die meiner Ansicht nach nicht hierher gehören. (Hört, hört! rechts.) Wenn sich Herr Stöcker zum Vertheidiger derartiger Angriffe machen will, indem er sie auf einzelne Personen richtet, so ist das ein beliebtes Jongleur-Kunststück, um von der Sache abzugehen (Große Unruhe rechts, Rufe: unwahr! ist nicht geschehen!) und einzelne Personen zu beschuldigen, sie als Träger einer niedrigen Gestirnung hinzustellen; eine solche Behandlung eselt mich an. (Große Unruhe und Lachen rechts.) Herr Stöcker ist so ganz und gar nicht im Stande gewesen, meinen Aussführungen entgegenzutreten, und ich kann nur aufs Bestimmtste seine Anklage gegen die Sophiengemeinde zurückweisen. (Beifall links, Unruhe rechts)

Abg. Zelle: Wenn wir in dieser Sache hier sprechen, kann es nur so geschehen, daß wir beklagen, wenn die Gesetze über kirchliche Organisation schlecht ausgelegt werden. Ich habe damals behauptet, das Konstitutum handle schlecht, und wenn Abg. Stöcker behauptet, der Vorsitzende derselben sei ein Mann von weittragender Toleranz, so hat der Herr Präsident sich nur gegenüber verstellen. Wenn auch vielleicht in einigen Gemeinden von Personen untreu gehandelt worden ist, so entschuldigt das den unförmlichen Ton des Konstitutums nicht. Ich will Ihnen hier doch nur einen Fall erzählen. In einer Gemeinde war bei der Kirchenwahl ein Kirchenältester am Er scheinen verhindert und ließ durch seine Gattin seine Stimme abgeben. Darauf lagte das Konstitutum beim Staatsanwalt wegen - Urkundenfälschung. Es wurde abgewiesen und ging an den Oberstaatsanwalt, von dem es gleichfalls abgewiesen wurde. Das Konstitutum erklärte nun den Kirchenältesten, wenn eine Verurtheilung eines Kirchenältesten erfolgt wäre, würde es um Begnadigung desselben eingetragen sein. (Heiterkeit.)

Abg. Stöcker: Die beiden Vorredner sind auf meine Rede nicht eingegangen, sondern haben neue Gesichtspunkte herangezogen. Ich habe das Konstitutum in jedem Punkte entlastet; wenn ich einen Beamten belaste, so ist das doch nur Praxis der Fortschrittspartei. Abg. Zelle hat die Parteilichkeit der Konstitutiverhältnisse schwarz zu malen versucht, ich habe dagegen gezeigt, wie diese Verhältnisse entstanden sind.

Die Diskussion wird geschlossen und der Titel bewilligt.

Beim Titel „Universität Breslau“ macht

Abg. Dr. Meyer (Breslau) auf den unzulänglichen Zustand der dortigen Klinik aufmerksam; nur auf 50 Plätzen der Klinik kann man schreiben. Sezesaal ist nur Raum für 90 Studenten, während 250 Plätze haben sollen. Ebenso ist das physiologische Institut und die geburtshilfliche Klinik durchaus unzureichend.

Minist.-Direktor Greif: Es ist ein Neubau für diese Klinik bereits beabsichtigt und soll die erste Baurate schon in den nächsten Etat eingestellt werden.

Der Titel wird genehmigt.

Bei den Kaviten „Höheres Unterrichtswesen“ und „Elementarschulwesen“ wiederholt

Abg. Kantak in sehr eingehender Darlegung die bei der zweiten Lesung erhobenen Beschwerden über Zurücksetzung der polnischen Sprache als Unterrichtsgegenstand, und sucht unter großer Unruhe des Hauses die in zweiter Berathung vom Regierungskommissar er hobene Einrede zu widerlegen.

Minister v. Gohler: Ich halte, was mein Regierungskommissar in der zweiten Berathung gesagt, vollständig aufrecht und beschränkt mich bei der Geschäftslage des hohen Hauses auf diese Erklärung (Beifall.)

Das Haus vertrat sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Antrag Windthorst, betreffend die Aushebung des Sperrgesetzes. Etats.

Schluss 4 Uhr.

## Der Brand der Neustettiner Synagoge vor dem Schwurgericht.

(Unbefugter Nachdruck verboten.)

König, den 3. März 1881.

### Dritter Tag der Verhandlung.

(Schluß.)

Rector Westphal bestätigt zunächst die Bekundung des Seminaristen Lange. Ich muß jedoch heute meinem Zeugnis noch etwas hinzufügen, was ich bisher nicht gesagt, da ich es für unerheblich hielt. Herrn Amtsgerichts-Rath Böls in Neustettin habe ich es schon vor Jahren gesagt; ich habe aber den Herrn Amtsgerichts-Rath gebeten, es nicht zu Protokoll zu nehmen, da mir die Heidemanns als redliche Leute bekannt waren. Ich bedauere jedoch, daß ich zu solchen Schlüssen kommen muß. - Präf.: Nun, und was für Schlüsse haben Sie? - Zeuge: Die Schlüsse des Verberges. - Präf.: Nun, welche Verdachtsgründe haben Sie? - Zeuge: Die Unruhe der Heidemanns, der Umstand, daß Frau Heidemann das Dienstmädchen nach den Sprüngen schlägt, macht die Leute doch sehr verdächtig. - Präf.: Weitere Wahrnehmungen haben Sie befußt Unterstüzung Ihrer Verdachtsgründe nicht gemacht? - Zeuge: Nein. (Heiterkeit.) - Präf.: Sie sehen, meine Herren Geschworenen, wie schwer es ist, die Zeugen darüber zu belehren, daß sie Urtheile und objektiv Wahrnehmungen auseinanderhalten. - Frau Rector Westphal bestätigt die Aussage ihres Gatten. - Hilger, Dienstmädchen bei Heidemann: Das Spind hatte zwei Thüren und war so loder, daß wohl Funken hineinflogen konnten. - Schuhmacher Böhl bestätigt das. Es sei auch möglich, daß das Spind infolge der herabgeworfenen brennenden Kleider gebrannt habe. - Präf.: Wieso erscheinen Sie hier als Zeuge? - Zeuge: Ich las die Berichte über den Kösliner Prozeß in den Zeitungen, und da mir etwas nicht richtig vorkam, so telegraphierte ich an das Kösliner Schwurgericht. - Präf.: Wer hat das Telegramm bezahlt? - Zeuge: Das habe ich bezahlt. - Präf.: Ist das auch wahr? Hatten Sie wirklich ein solches Interesse? - Zeuge: Ja. - Präf.: Wer hat das Telegramm versetzt? - Zeuge: Ich. - Präf.: Das ist eine Unwahrheit, Zeuge! Ich warne Sie, hier einen Meineid zu begehen! Es ist geradezu unmöglich, daß Sie das Telegramm versetzt haben. - Zeuge: Der Kaufmann Rosenberg in Neustettin hat es versetzt. - Präf.: Der hat auch das Telegramm bezahlt? - Zeuge (nach längerem Zögern): Jawohl. - Kaufmann Orbach bestätigt die Bekundung des Dienstmädchens Hilger. - Bürgermeister Kasch (Wärwalde, zur Zeit des Brandes Stadtsekretär in Neustettin): Einige Tage nach dem Brande überbrachte mir der Polizeidienner Conradt ein zum Theil verbranntes Gebetbuch, das er in der Wilhelmstraße, in der Nähe des Brandortes gefunden hatte. Dasselbe sollte bei Bekundung des Polizeidieners nach Petroleum riechen; ich konnte jedoch einen solchen Geruch nicht wahrnehmen. Ich zeigte das Buch dem verstorbenen Bürgermeister Zingler, der ebenfalls keinen Petroleumgeruch wahrnehmen konnte. - Polizeidienner Conradt: Er und sein Kollege und auch Herr Bürgermeister Kasch nahmen an dem Gebetbuch, daß er direkt auf der Brandstätte gefunden, Petroleumgeruch wahr. - Präf.: Hat Herr Bürgermeister Kasch wirklich auch Petroleumgeruch wahrgenommen? - Zeuge: Genau weiß ich es nicht mehr. - Polizeidienner Kasch bestätigt zunächst die Aussage seines Kollegen. Auf Befehl des verstorbenen Bürgermeisters Zingler - so bekundet der Zeuge im Weiteren - habe er noch am Tage des Brandes eine Belohnung von 1000 Mark für Ermittlung des Thäters mittels Auskunftslins an allen Ecken der Stadt bekannt gemacht. Diese Belohnung hätte die Neustettiner jüdische Gemeinde ausgeschrieben. Es kam ihm vor, als hätte es auch auf der Brandstätte nach Petroleum gerochen; Genaues hierüber könne er jedoch nicht angeben. - Stellmacher Tietz: Er habe einige Tage nach dem Brande Reste von Gebetbüchern und Thorarollen gefunden, die stark nach Petroleum rochen. - Nach weiterem Befragen bemerkte der Zeuge: Er halte es wenigstens für sehr wahrscheinlich, daß der Geruch Petroleum-Geruch war. - Schmid Reitzel hat dieselben Wahrnehmungen wie der Vorzeuge

gemacht. - Der Präsident läßt auf ein Stück Papier Petroleum gießen und fragt die beiden letzten Zeugen, ob der Geruch, den sie wahrgenommen, derselbe war. - Die Zeugen bemerkten: Der Geruch sei derselbe, nur nicht so stark wie der gegenwärtige gewesen. - Auf Befragen des Staatsanwalts bemerkte der Polizeidienner Conradt: Es seien auf der Brandstätte noch ganze Fuder angebrannten Holzes, Ballen etc. vor gefunden worden, das in der ersten Nacht nach dem Brande von den armen Leuten zumeist fortgetragen wurde. - Die Frage des Vertheidigers Rechtsanwalts Weißauer, ob es wahr sei, daß der Polizeidienner Conradt auf der Brandstätte vorgefundenes geschnittenes Messing verlaßt habe, bestätigt Conradt. - Der Geschworene Oberamtmann Becker erklärt, er sei so leidend, daß er absolut unfähig sei, den Verhandlungen zu folgen und seinen Pflichten als Geschworener zu entsprechen. Der Gerichtshof beschließt, den Geschworenen infolge dessen zu dispensieren und dafür den Ersatz-Geschworenen Gutspächter Niemer aufzufordern, als ordentlicher Geschworener einzutreten.

Es tritt hierauf gegen 2 Uhr Nachmittags eine längere Pause ein.

Gleich nach Beginn der heutigen Sitzung erschien der Landrat des Neustettiner Kreises, Herr v. Bonin, im Bischauerraume und machte sich fast unaufhörlich Notizen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags wird zunächst der Arbeiter Buchholz vernommen. Dieser erzählte, wie im Kösliner Prozeß: Er sei bei Heidemann in Dienst gewesen und von dem jungen Heidemann aufgefordert worden, das auf dem Hofe des Heidemann aufgesetzte Holz, in den Schuppen zu schaffen und aus dem Zaun, der an die Hinterseite der Synagoge stößt, zwei Latte herauszubrechen. Von der Entstehungsart des Brandes wisse er nichts; nur habe er am Morgen des 17. und 18. Februar 1881 den Löwenberg mit einer Petroleumflasche gesehen. Es sei dies auf der Rydöbörde gewesen. Löwenberg habe den Weg nach dem Tempel zu genommen. Es sei wahr, daß er den Heidemann wegen 60 Mark Löbndifferenz verklagt. Er habe den Maurer Kaske der Schuldforderung wegen zu Heidemann geschickt und diesem sagen lassen, wenn er nicht bezahlen wolle, dann werde er ihm etwas zu schaffen machen, daß er daran denken solle. Am Vormittage des Brandes gegen 10 Uhr sei er, allem bisherigen Brauch zuwider, von dem jungen Heidemann aufgefordert worden, mit Dung auf's Feld zu fahren. Raum sei er außerhalb der Stadt gewesen, so habe er den Tempel brennen gesehen und sofort gedacht: Die Juden haben dich blos auf's Feld geschickt, um den Tempel anzustecken zu können. Er habe, als er auf's Feld fuhr, den älteren Lessheim mit einer Petroleumflasche geben gesehen. Auch habe er kurz vor dem Brande auf dem Heidemann'schen Wagen ein Stück Blindschnur gefunden, die er jetzt dem Polizei-Kommissar Höft überreicht habe. - Präf.: Mit dieser Blindschnur sind Sie nun erst jetzt hervorgetreten; wie kam das? - Zeuge: Ich wußte nicht, ob dies wichtig sei. - Präf.: Wenn man aber Demanden im Verdacht der Brandstiftung hat und findet auf dessen Wagen ein Stück Blindschnur, dann macht man doch davon Anzeige. Wieso kommt es, daß Sie überhaupt mit diesen Ihren Angaben nach Jahr und Tag hervorgetreten sind, obwohl Sie gleich nach dem Brande mehrfach von dem Staatsanwalt und dem Amtsrichter in Neustettin vernommen worden sind? - Buchholz: Ich wurde nicht nach dem Petroleum gefragt. - Präf.: Sie sollen einmal kurz vor dem Kösliner Prozeß in einem Laden des Kaufmann Michow in Neustettin gesagt haben: Sie wissen, wer der Thäter sei; Lessheim sei unschuldig, aber die Heidemanns mühten in's Buchhaus? - Zeuge: Das ist nicht wahr. - Präf.: Es werden aber Zeugen auftreten, die das blenden werden. Sind Sie vielleicht, als Sie diese Auskunft thaten, etwas animirt gewesen? - Zeuge: Ich weiß von gar Nichts. - Präf.: Trifft es nicht überhaupt gern Schnaps? - Zeuge: Ich trinke wohl Schnaps, aber nicht zuviel; besoffen bin ich niemals. - Präf.: Sie sollen auch einmal zu Demanden, der Sie fragte: Weshalb bist Du denn noch immer bei dem Juden? gesagt haben: „Das ist wegen des Tempelbrandes!“ - Buchholz: Ich meinte, das Geschäft geht schlecht, und da muß man da bleiben. - Präf.: Was hat das aber mit dem Tempelbrande zu thun? - Zeuge schwieg. - Präf.: Wieso kam es, daß Sie nun doch endlich, und zwar zunächst der Redaktion der „Norddeutschen Presse“, Anzeige machen? - Zeuge: Ich habe Tag und Nacht darüber nachgedacht. - Präf.: Wieso kamen Sie denn zur „Norddeutschen Presse“? - Ich hörte, daß man sich dort melden solle. - Präf.: Von wem hörten Sie das? - Zeuge: Das weiß ich nicht. - Präf.: Warum zeigten Sie diese Wahrnehmungen nicht der Behörde an? - Zeuge: Ich glaubte, die „Norddeutsche Presse“ wäre eine Behörde. - Auf Antrag der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Sello und Auskührer Scheunemann wird aus den Akten konstatirt, daß Buchholz sich auf das Zeugnis des Beyer berufen, daß er den Löwenberg am Morgen des 17. und 18. Februar 1881 mit einer Petroleumflasche nach der Synagoge zu habe gehen gesehen, und daß Buchholz ferner gesagt, er habe, als er auf's Feld fuhr, den Lessheim mit der Petroleumflasche in die Synagoge geben gesehen, während er heute bestanden, Lessheim sei mit der Petroleumflasche von der Synagoge gekommen. - Buchholz: Ich habe immer gesagt: Lessheim ist mit einer Petroleumflasche von der Synagoge gekommen. - Der Präsident läßt aus den Akten konstatiren, daß die Behauptungen der Vertheidiger sich bewahrheiten. - Steinzeugmeister Beyer: Ich stand am Morgen des 17. Februar 1881 gegen 5 Uhr auf der Rydöbörde und habe den Löwenberg mit einer Petroleumflasche vorübergeben gesehen. Löwenberg ging nach der Synagoge zu. - Präf.: War an diesem Morgen Buchholz dabei? - Beyer: Nein, Buchholz war am 18. Februar des Morgens dabei, als Löwenberg wieder die Rydöbörde entlang kam; da hatte Leichter aber keine Kanne. - Buchholz: Ich habe genau gesehen, daß Löwenberg eine Kanne hatte. - Präf.: Sie haben bei Ihrer ersten Vernehmung überbaupt von einer Petroleumflasche nichts gesagt; als Sie die Angabe bezüglich des Petroleumflaschen machten, sagten Sie auf Befragen, Buchholz habe Sie darauf aufmerksam gemacht? - Beyer: Das kann sein! - Präf.: Sie müssen mir bestimmt antworten! - Beyer: Es ist schon so lange her, ich weiß das nicht mehr. - Präf.: Sie wissen aber ganz genau, daß am Morgen des 17. Februar, als Sie den Löwenberg mit einer Petroleumflasche gesehen, Buchholz nicht dabei war, und daß am Morgen des 18. Februar Löwenberg keine Petroleumflasche hatte? - Zeuge: Ich weiß. - Arbeitervidell: Buchholz hat mir einmal erzählt, er habe am Morgen des Brandes gegen 11 Uhr den Lessheim mit einer Petroleumflasche aus der Synagoge kommen gesehen, und ferner habe er gesehen, wie die beiden Heidemanns, als das Feuer noch nicht ausgebrochen war, die Fenster der Synagoge einschlugen. - Buchholz bestreitet das. - Präf.: Buchholz! Sie haben sehr viel geredet; Sie sind vielfach vernommen worden und haben bei jeder Vernehmung Ihre Aussagen geändert; erinnern Sie sich, Sie werden die behandelte Auskunft wohl zu dem Zeugen gehalten haben! - Buchholz: Nein, das habe ich nicht gesagt. - Frau Videll bestätigt die Bekundung ihres Gatten. - Präf.: War Buchholz, als er die Auskunft that, betrunknen? - Zeuge: Ich glaube, er hatte einen guten Schnaps getrunken. (Heiterkeit) - Die Frage des Vertheidigers Rechtsanwalt Weißauer, ob Buchholz mit Beyer in Neustettin über die Prozeßangelegenheit gesprochen, verneint Buchholz. - Frau Winkler: Buchholz hat einmal im Laden bei Michow in Neustettin gesagt: „Ich werde einen schönen Text den Juden in die „Norddeutsche Presse“ einsetzen lassen; die Heidemanns sollen an mich denken.“ - Maurermeister Kaske: Buchholz ersuchte mich einmal, zu Heidemann zu geben und diesen aufzufordern, ihm die schuldvollen 60 Mark zu geben, widrigfalls werde er es ihm befehlen. - Auf den Antrag des Vertheidigers Rechtsanwalt Dr. Sello wird dem Zeugen seine frühere Aussage verlesen, wonach er gesagt, er sei der Meinung gewesen, Buchholz habe bei seiner drohenden Redensart den Tempelbrand im Auge gehabt. - Auf Befragen des Vertheidigers Rechtsanwalt Dr. Sello bemerkte der Zeuge, die Heidemanns seien ihm als ordentliche, friedfertige und keineswegs als religiös-fanatische Leute bekannt.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 5. März.

1. Die Volksfesttafel hielt am 1. d. M. im Lambert'schen Saale unter starker Beteiligung von Mitgliedern und deren Angehörigen, sowie eingeladenen Gästen ein Narrenfest ab; die Festgenossen waren zum größten Theil in eleganten und prächtigen Masken erschienen. Das Fest wurde unter Vorantritt eines Herolds und eines Pfeiferchors durch einen Umzug mit passender Auszückung von Lampions und Emblemen eingeleitet; Prinz Carneval, in prachtvollem Kostüm, verlas alsdann die Thronrede und verlammte seinen Hofstaat, darunter auch die Hofnarren um sich. Nach Abschließung dieses festlichen Ceremoniells trat die Festlichkeit in das sehr reichhaltige Programm ein, welches im Ganzen aus 16 Nummern bestand. Die aufgeführten Piecen, von denen besonders hervorzuheben sind: „Der Narrendesel“, Männerchor von Börner, „der Hausschlüssel“, „Rebecca Silberstein“ von Neumann, „die Blaue“, Solozone von Papis, „die Schwiegermutter“, Solozone, „Bär auf dem Maskenhalle“, komische Solozone von Grabe, „die musikalischen Wunderhände“, die „Narren-Duettüre“ von Spatzvogel, riefen den lebhaftesten Beifall hervor; dem Ganzen setzte die parodistische Operette von Sturm: „Der Taucher“, welche den Schlüß der Aufführungen bildete, die Krone auf. An diese Aufführungen schloß sich ein Tanzkonzert, welches die Festgenossen in ungetrübter Heiterkeit bis in die Morgenstunde beisammen hielten.

2. Versuchter Selbstmord. Montag Abends erhängte sich ein Schneidergeselle auf dem Boden eines Hauses in der Gr. Gerberstraße; doch waren noch zur rechten Zeit Leute drin und durchschritten den Strick, so daß der Schneider bald wieder zum Bewußtsein gelangte und leichtfüßig nach Hause zu geben vermochte.

3. Unfälle. Montag Nachmittags überschritt eine fremde, auf der Durchreise befindliche Dame, welche sich in anderen Umständen befand, den Rinnstein zwischen Schulstraße und Alten Markt und trat dabei zu kurz, so daß sie den Länge nach hinstürzte und einige Zeit wie loslos liegen blieb. Durch einen in der Nähe befindlichen Schuhmann wurde sie aufgehoben und nachdem sie inzwischen zum Bewußtsein gelangt war, mittels einer Droichte nach ihrem Hotel gebracht. - Montag Nachmittags fiel in einem Grundstück auf der St. Martinsstraße ein Privat-Gasarbeiter, welcher mit dem Anbringen von Gasröhren beschäftigt war, von der langen Leiter, auf welcher er stand, herab und beschädigte sich dabei den einen Fuß, so daß er mittels einer Droichte nach Hause gefestigt werden mußte.

4. Abstrafung. Gestern Nachmittags wurde auf einem Hofe in der Schuhmacherstraße ein Stroh dabei betroffen, als er den dort stehenden, vor Bauwagen gespannten Pferden eben die Schweine abschnieden im Begriff war. Er wurde von den entrüsteten Bauern gebürgig durchgeprügelt.

5. Röhrheit. Gestern Abends gegen 11 Uhr passirte ein Steuermann mit seiner Frau die Breslauerstraße; ihnen begegneten drei Kerle, von denen der eine ohne jede Veranlassung der Frau mit einem harten Gegenstand einen Hieb über den Arm gab, so daß dieser sofort anschwellt. Einer der Gesellen wurde von dem Wächter verhaftet, der zweite versuchte den ersten zu befreien, wurde aber gleichfalls verhaftet. Beide sind Schuhmacher und wohnen auf der Schröda.

### Aus dem Gerichtssaal.

\* Posen, 8. März. [Schöffengericht] Das Statut für die Stadt Posen, betreffend die Gesellenverbindungen und Kassen zur gegenseitigen Unterstützung vom 20. März 1850 verpflichtet alle im Polizeidekreis der Stadt Posen beschäftigten Gesellen und Gehilfen, den hierbei bestehenden oder noch zu erledigenden Verbindungen und Kassen zur gegenseitigen Unterstützung beizutreten, und die den Mitgliedern nach den betreffenden Statuten obliegenden Leistungen so lange zu erfüllen, als ihre Beschäftigung in Posen dauert, verbietet den Arbeitgebern, solche Gesellen oder Gehilfen, die danach einer Gesellenkasse beitreten müssen, im Polizeidekreis der Stadt Posen in Arbeit zu nehmen, ohne gleichzeitig davon der betreffenden Kasse Anzeige zu machen, schreibt auch vor, daß die Auflösung eines solchen Arbeitsverhältnisses der Kasse anzugeben und droht Arbeitgeber, welche diesen Vorschriften zuwiderhandeln, mit einer Geldbuße von 10 Sr. bis zu einem Thaler, welche von dem betreffenden Polizeidirektor festgesetzt und der betreffenden Gesellenkasse überwiesen werden sollen. Diese Vorschriften verlebt zu haben, sind mehrere Arbeitsherren angeklagt. Dieselben hatten im Jahre 1858 Gesellen in Arbeit genommen, ohne gleichzeitig hierfür den betreffenden Gesellenkasse ihres Handwerks Anzeige gemacht zu haben. Die Vertheidiger der Angeklagten machen geltend, daß dieses Statut nicht zu Recht besteht, da die Publikation desselben nicht richtig erfolgt sei. Sie wurden sämtlich freigesprochen, und wurden die ihnen erwachsenen nothwendigen baaren Auslagen, insbesondere auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse auferlegt und zwar aus folgenden Gründen: Das Statut charakterisiert sich sowohl seinem Inhalte als seiner Form nach als eine lokal-polizeiliche Verordnung und unterliegt daher den über die Bekündung derselben gegebenen Vorschriften. Nach der auf Grund der Kabinetsordre vom 8. Februar 1840 von der königlichen Regierung hierfür erlassenen Verordnung vom 5. Januar 1841 muß die Publikation lokal-polizeilicher Verordnungen entweder durch Vorlesen und Ausrufen auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen der Stadt, oder durch Umschreiben in den Häusern, oder durch Anschlagen an den dazu geeigneten Stellen, oder durch Insertion in dem örtlichen Anzeiger zum Amtsblatte und in dem Intelligenzblatte, so wie durch Insertion in der hierfür deutschen und polnischen Zeitung erfolgen, und ermächtigt die Polizeidirektion je nach den Umständen, entweder nur die eine, oder mehrere, oder alle Publicationsarten in Anwendung zu bringen. Das vorgenannte Ortsstatut ist nur durch einmalige Einrückung in der deutschen Posener Zeitung am 1. November 1853 bekannt gemacht; war ist dasselbe im August 1873 und im März 1883 im hierfür Amtsblatte wiederholt publiziert worden, hierdurch ist aber der Mangel der ursprünglichen Publikation nicht beseitigt worden, da bei diesen Publikationen die ausdrückliche Bezugnahme auf § 5 des Gesetzes vom 11. März 1850 und die Bezeichnung als polizeiliche Vorschrift, Polizeiverordnung oder Polizeireglement fehlt, und diese Mängel nach § 5 dieses Gesetzes und der Regierungspolizeiverordnung vom 16. März 1868 die Ungültigkeit der betreffenden Polizeiverordnung zur Folge haben. Da dieses Statut durch das Amtsblatt und durch das Intelligenzblatt nicht bekannt gemacht worden sei, kann die ursprüngliche Publikation für eine in der gebürgigen Weise erfolgte nicht erachtet werden. Hierach hat das Statut überbaupt nie rechtsbindliche Kraft erlangt und mußte aus diesem Grunde die Freiwilligung aller Angeklagten erfolgen, und erschien es angemessen, die ihnen entstandenen baaren Auslagen, insbesondere auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse aufzuverlegen. Hiermit dürfte jedoch die Sache noch nicht ihre Endgültigkeit erreicht haben, da der prinzipiellen Frage wegen wohl alle Instanzen werden beschriften werden.

### Telegraphische Nachrichten.

König, 4. März. Projekt

Dresden, 4. März. Der Landtag soll am 20. d. geschlossen werden.

München, 4. März. Die Kammer der Abgeordneten beendete heute die Generaldebatte über das Sekundärbahngesetz; die Spezialdebatte beginnt morgen.

Darmstadt, 4. März. In der zweiten Kammer wurde heute ein Erlass des Großherzogs verlesen, in welchem der Kammer die Verlobung der Prinzessin Viktoria mit dem Prinzen von Battenberg und die Verlobung der Prinzessin Elisabeth mit dem Großfürsten Sergius mitgetheilt wird. Die Kammer beschloß, morgen eine Glückwunschaussicht an den Großherzog zu berathen und trat heute in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erbschafts- und Schenkungssteuer ein.

Wien, 4. März. Wie die "Presse" meldet, hat der österreichisch-ungarische Lloyd die Regierung um die Genehmigung ersucht, eine Prioritätsanleihe von  $1\frac{1}{2}$  Millionen Fl. in Gold aufzunehmen zu dürfen, behufs Vermehrung des Schiffsparkes. — Die Dresdener Schiffahrtsgesellschaft "Kette" hat, demselben Blatte zufolge, die von der österreichischen Nord-West-Schiffahrtsgesellschaft in Aussicht genommene Verlängerung des Karlskells abgelehnt.

Wien, 4. März. Wie der "Neuen Freien Presse" aus Belgrad gemeldet wird, hat der serbische Finanzminister eine Kommission eingesetzt, welche den Entwurf zu einer Rentenemission in Höhe von 30 bis 40 Millionen Frs. berathen soll.

Wien, 3. März. Das Abgeordnetenhaus nahm mit großer Majorität den Gesetzentwurf über den Ausbau der Munkacs-Besitz Eisenbahlinie an. Im Laufe der Debatte bekämpfte der Ministerpräsident den auf Absetzung der Vorlage von der Tageordnung abzielenden Beschlusshandlung der äußersten Linken, betonte die wirtschaftliche und strategische Bedeutung der Bahnlinie und hob hervor, die Regierung sei überzeugt, daß die russische Regierung ernsthaft gewillt sei, sowohl mit Deutschland, als auch mit Österreich-Ungarn in Frieden zu leben. "Wir sind von dem gleichen Wunsche beseelt; wie aber trotzdem Russland nicht verabsäumt, sich auch für entgegengesetzte Eventualitäten vorzubereiten, so dürfen auch wir dies nicht unterlassen."

Bern, 4. März. Der hiesige Große Rat hat sich mit 118 gegen 66 Stimmen für die Beibehaltung des Impfzwangs ausgesprochen, die Volksabstimmung darüber bleibt vorbehalten. — Der Bundesrat beschloß, von künftigen Bewerbern um das Schweizer Bürgerrecht statt der Entlassungsurkunde aus dem bisherigen Staatsverbande nur eine Entlassungszusicherung zu erlangen. — Bei dem verhafteten Präsidenten des hiesigen Architektenvereins, Kellen, ist eine Haussuchung vorgenommen, das Ergebnis derselben wird geheim gehalten.

Haag, 4. März. Die zweite Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch welchen die Regierung zur Demoneffektion von 25 Millionen Silber ermächtigt wird, falls der Münzstand dies erfordern sollte.

London, 3. März. [Oberhaus.] Auf eine weitere Anfrage erklärte Lord Granville, während des Aufenthaltes des Premiers Gladstone in Kopenhagen, wohin derselbe während der Parlementsferien gereist war, sei zwischen dem Kaiser von Russland und Gladstone kein Wort über Politik gesprochen worden.

London, 3. März. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Maurice erwiederte auf eine Anfrage, Tadjurrah sei außerhalb des Roten Meeres gelegen, aber einer derjenigen Häfen, deren Schutz England gegenwärtig übernommen habe. Was die Ansprüche Frankreichs auf Odok angehe, so sei es nicht wünschenswert für die Regierung, sich jetzt darüber auszusprechen. Nach Khartum seien keine englischen Truppen beordert worden, noch befänden sich solche auf dem Wege dorthin. Der Staatssekretär des Krieges, Hartington, verlas die dem General Graham am 23. Februar gegebenen Instruktionen, durch welche eine Expedition in entferntere Gegenden ausgeschlossen wird. In diesen Instruktionen wird jedoch darauf hingewiesen, daß, ohne gegen die Araber Krieg führen zu wollen, jede Streitmacht zerstreut werden müsse, welche Sualin bedrohe. General Graham müsse für die Sicherheit der in Tolar befindlichen Egypter und für die Sicherheit Sualins sorgen, welches von bedeutenden Streitkräften bedroht sei. In Tolar seien 350 Mann egyptischer Truppen und ebensoviel Frauen und Kinder gefunden worden. Eine Brigade egyptischer Truppen sei nach Assuan gesetzt und einige britische Truppen sollen nach einem anderen Punkte am Nil abgehen, um jene zu unterstützen. Der Premier Gladstone theilte mit, die Regierung habe keine unruhigenden Berichte von Gordon empfangen, derselbe sei noch in Khartum und gedenke vorläufig dort zu verbleiben. Die nach Assuan beorderten Truppen gingen nicht auf Wunsch Gordon's dorthin. Lawson beantragte Vertragung des Hauses, um die Aufmerksamkeit auf die Sudanfrage zu lenken und protestierte gegen den Krieg. Northcote verlangte eine klare Darlegung der Politik der Regierung. Der Antrag Lawson's wurde hierauf mit 150 gegen 103 Stimmen abgelehnt. Die Konservativen stimmten in der Minorität.

London, 4. März. Das Unterhaus hat die Wahlreformbill in erster Lesung genehmigt.

London, 4. März. [Unterhaus.] Stanley kündigte an, er werde den Nachtragskredit für die egyptische Expedition durch den Unterantrag bekämpfen, die Regierung aufzu fordern, vor Bewilligung weiterer Gelder, die von ihr in Egypten besetzte Politik darzulegen. — Manners theilte mit, er werde bei der zweiten Lesung der Reformbill den Unterantrag stellen, die weitere Beratung dieser Bill zu verweigern, bis die Regierung einen Gesamtplan zur Abänderung der bestehenden Bestimmungen über die Volksvertretung vorgelegt habe. — Der Staatssekretär des Krieges, Hartington, erklärte die heute in London kursirende Nachricht, General Graham habe Befehl erhalten, nach Trinkitat zurückzukehren, für unbegründet.

Plymouth, 3. März. Der deutsche Botschafter, Graf von Bismarck, ist zum Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen hier eingetroffen.

Rom, 5. März. Der Prinz und die Prinzessin Leopold von Bayern sind heute Nachmittag von München im strengsten Inkognito hier eingetroffen und haben im Hotel Quirinal Absteige quartier genommen. Der bayerische Gesandte hatte die prinzlichen Herrschaften am Bahnhofe empfangen.

Rom, 4. März. Der Prinz und die Prinzessin Leopold von Bayern stellten heute dem König und der Königin einen Besuch ab und empfingen später den bayerischen Gesandten am Königshofe, sowie die Gemahlin desselben und ebenso die Gemahlin des bayerischen Gesandten beim Papst.

Petersburg, 4. März. Heute Nachmittag fand in der amerikanischen Kirche der Trauergottesdienst für den verstorbenen amerikanischen Gelehrten Hunt statt. Die Minister, die Hofsäaten, das diplomatische Corps, sowie die Mitglieder der hiesigen amerikanischen Kolonie wohnten der Feier bei. Die Leiche bleibt bis zur Überführung nach Amerika in dem Kirchengewölbe.

Hongkong, 4. März. Melbung der "Agence Havas". In Shanghai wurden bei einer Schlägerei zwischen chinesischen Soldaten und Europäern zwei Personen durch Bayonettschläge verwundet.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

#### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
4. Nachm.	764,5	SD lebhaft	bedeckt	+ 1,9
4. Abends	765,8	SD lebhaft	wolkenlos	+ 0,4
5. Morgs.	765,1	SD mäßig	wolkenlos	- 2,4
Am 4. Wärme-Maximum: + 4°0 Cels.				
Wärme-Minimum: - 0°5				

#### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. März	Mittags	1,72 Meter
:	: Morgens	1,72 :
:	: Mittags	1,72 :

#### Telegraphische Börsenberichte.

##### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 4. März. (Schluß-Course.) Fest.  
Lond. Wechsel 20,50 Pariser do. 81,21. Wiener do. 168,75. R.-M. S.A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 110 $\frac{1}{2}$ . R.-M. Pr. Anth. 126 $\frac{1}{2}$ . Reichskal. 103. Reichsbank 147 $\frac{1}{2}$ . Darmst. 157 $\frac{1}{2}$ . Meining. Bl. 95 $\frac{1}{2}$ . Ost.-ung. Bank 712,00. Kreditaktien 27 $\frac{1}{2}$ . Silberrente 68 $\frac{1}{2}$ . Papierrente 67 $\frac{1}{2}$ . Goldrente 89 $\frac{1}{2}$ . Ung. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$ . 1860er Loope 119 $\frac{1}{2}$ . 1864er Loope 309,20. Ung. Staatsl. 228,50. do. Ostb.-Ob. II. 99 $\frac{1}{2}$ . Böhm. Werkbahn — Elisabethb. — Nordwestbahn 156 $\frac{1}{2}$ . Galizier 25 $\frac{1}{2}$ . Franzosen 265 $\frac{1}{2}$ . Lombarden 120 $\frac{1}{2}$ . Italiener 93 $\frac{1}{2}$ . 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$ . 1880er Russen 74 $\frac{1}{2}$ . II. Orientali. 57 $\frac{1}{2}$ . Bente Pacific 112 $\frac{1}{2}$ . Diskonto-Kommandit —. III. Orientali. 57 $\frac{1}{2}$ . Wiener Bauskeine 97 $\frac{1}{2}$ . 50 österreichische Papierrente 80 $\frac{1}{2}$ . Buschreiter —. Egypfer 67 $\frac{1}{2}$ . Gotthardbahn 96.

Türken 9 $\frac{1}{2}$ . Sidon —. Südbad. — Bischener 159 $\frac{1}{2}$ . Roth. Eisenwerke —. Marienburg-Wlaaka —. Alpine-Prioritäten 94 $\frac{1}{2}$ .

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 27 $\frac{1}{2}$ . Franjoen 266 $\frac{1}{2}$ . Galizier 25 $\frac{1}{2}$ . Lombarden 121. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypfer —. Gotthardbahn 96 $\frac{1}{2}$ . Spanier —. Marienburg-Wlaaka —. 1880er Russen —.

Wien, 4. März. (Schluß-Course.) Sehr fest.

Papierrente 79,65. Silberrente 80,70. Oesterl. Goldrente 102,00. 6-pro. ungarische Goldrente 121,90. 4-pro. ung. Goldrente 90,77 $\frac{1}{2}$ . 5-pro. ungar. Papierrente 88,15. 1864er Loope 123,20. 1860er Loope 155,70. 1864er Loope 189,70. Kreditloose 174,00. ungar. Brämen 115,80. Kreditaktien 315,75. Franjoen 315,50. Lombarden 148,80. Galizier 297,60. Rajol.-Öderb. 146,50. Bardubitzer 150,00. Nordwestbahn 185,00. Elizabettbahn 229,70. Nordbahn 2700,00. Oesterl. Ung. —. Bank —. Türk. Loope —. Unionbank 113,50. Anglo-Austr. 118,20. Wiener Bankverein 109,60. Ungar. Kredit 320,00. Deutsche Plätze 59,20. Londoner Wechsel 121,40. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,10. Napoleon 9,60 $\frac{1}{2}$ . Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,20. Russische Banknoten 1,18 $\frac{1}{2}$ . Lemberg-Gronowits —. Kronpr.-Rudolf 178,00. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böhm. Werkb. —. Elbthalb. 195,50. Tramwan 233,00. Buschreiter —. Oesterl. övros. Papier 95,40

Nachbörs: Ungarische Kreditaktien 321,50. österreichische Kreditaktien 316,40. Franjoen —. Lombarden —. österl. Goldrente —. Silberrente —. 4-pro. ungar. Goldrente 90,82 $\frac{1}{2}$ . Galizier —. Elbthalbahn —. Nordbahn —. 5-pro. österl. Papierrente —.

Wien, 4. März. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 321,25. österreichische Kreditaktien 316,50. Franjoen 313,75. Lombarden 144,10. Galizier 298,75. Nordwestbahn 185,25. Elbthalb 195,2 $\frac{1}{2}$ . österl. Papierrente 79,65. do. Goldrente 102,40. ungar. 6 p. St. Goldrente 121,90. do. 4 p. St. Goldrente 90,87 $\frac{1}{2}$ . do. 5 p. St. Papierrente 88,25. Marknoten 59,17. Napoleon 9,60 $\frac{1}{2}$ . Bankverein 111,30. Sehr fest.

London, 4. März. Consols 101 $\frac{1}{2}$ . Italienische Sparrenten 92 $\frac{1}{2}$ . Lombarden 12 $\frac{1}{2}$ . 3-pro. Lombarden alte —. 3-pro. do. neue —. 5-pro. Russen de 1871 87 $\frac{1}{2}$ . 5-pro. Russen de 1872 89 $\frac{1}{2}$ . 5-pro. Russen ds 1873 88 $\frac{1}{2}$ . 5-pro. Türk. de 1865 8 $\frac{1}{2}$ . 4-pro. jundirende Amerik. 126 $\frac{1}{2}$ . Österreicherische Silberrente 67. do. Papierrente —. 4-pro. Ungarische Goldrente 75 $\frac{1}{2}$ . Oesterl. Goldrente 85. Spanier 60 $\frac{1}{2}$ . Egypfer neue —. do. unif. 66 $\frac{1}{2}$ . Ottomanbank 15 $\frac{1}{2}$ . Preuß. 4-pro. Consols 101. Fest.

Suez-Aktien 80 $\frac{1}{2}$ . Silber —. Blaibiscont 3 $\frac{1}{2}$  p. St.

In die Bank floßen heute 61 000 Pfd. Sterl.

Wechselnotizen: Deutsche Plätze 20,68. Wien 12,30. Paris 25,45. Petersburg 23 $\frac{1}{2}$ .

Paris, 4. März. (Schluß-Course.) Fest.

3-pro. amortisirb. Rente 77,27 $\frac{1}{2}$ . 3 prozent. 76,35. 4% prozentige Anleihe 105,92 $\frac{1}{2}$ . Italienische 5-pro. Rente 93,80. Oesterl. Goldrente 86 $\frac{1}{2}$ . 6-pro. ungar. Goldrente 102 $\frac{1}{2}$ . 4 pro. ungar. Goldrente 76 $\frac{1}{2}$ . 5 pro. Russen de 1877 95. Franjoen 65,70. Lombard. Eisenbahn-Aktien 317,50. Lombard. Prioritäten 295,00. Türk. de 1865 8,85. Türkensloje 41,25. III. Orientaleihe —. Credit mobilier 310,00. Spanier neue 60 $\frac{1}{2}$ . Suezkanal-Aktien 2016. Banque ottomane 641. Credit foncier 1235,00. Egypfer 336,00. Banque de Paris 855. Banque d'escompte 527,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,24. 5-pro. Rumänische Anleihe —.

Foncier Egypfer 515,00. Fest.

Paris, 3. März. (Boulevard-Berkehr.) 3 prozent. Rente 76,35. 4% pro. Anleihe 105,87 $\frac{1}{2}$ . österl. Goldrente —. Italiener 93,55. Türk. 8,77 $\frac{1}{2}$ . Türkensloje 41,75. Spanier 60 $\frac{1}{2}$ . Egypfer 333. Ungar. Goldrente —. Lombarden —. Banque ottomane 635,00. Franjoen —. Fest.

Peterburg, 4. März. Wechsel auf London 23 $\frac{1}{2}$ . II. Orient-Anleihe 94. III. Orientaleihe 94. Privatdiskont 6 p. St. Neue Goldrente 165 $\frac{1}{2}$ .

#### Produkten-Kurse.

Königsberg, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen bisigerloko 18,50. freinder 19,00. per März 17,75. per Mai 18,20. Juli 18,50. Roggen loko bisiger 14,50. per März 14,05. per Mai 14,50. per Juli 14,65. Hafer loko 14,50. Rübel loko 35,00. per Mai 33,20. pr. Ost. 31,40.

Bremen, 4. März. Petroleum (Schlußbericht). Fest-Standard white loko 7,65. per April 7,75. per Mai 7,85. per Juni 7,95. per August-Dezbr. 8,35. Alles bez. und Br. Hamburg, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco unv., auf Termine rubig. per April-Mai 175,00 Br. 174,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine rubig. per April-Mai 183,00 Br. 182,00 Gd. — Gerste unveränd. — Rübel fäufl. loco, loco 64,50. per Mai 65,00. — Spiritus matter, per März 88 $\frac{1}{2}$  Br. per April-Mai 89 $\frac{1}{2}$  Br. — Kaffee matt, sehr geringer Umsatz. — Petroleum fest. Standard white loco 8,00 Br. 7,90 Gd. per März 7,85 Gd. per August-Dezember 8,50 Gd. Wetter: Schön.

Wien, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,92 Gd. 9,97 Br. per Mai-Juni 10,12 Br. 10,17 Gd. — Roggen per Frühjahr 8,20 Gd. 8,25 Br. pr. Mai-Juni 8,80 Gd. 8,85 Br. Mais per Mai-Juni 6,95 Gd. 7,00 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,47 G. 7,52 Br.

## Produkten-Börse.

Berlin, 4. März.

Anfänglich schien der heutige Markt die gestern schließlich vorwaltende feste Tendenz wieder aufzunehmen zu wollen, aber der weitere Verlauf gestaltete sich durchgängig matt, zum Theil sogar ausgesprochen flau.

**W o l o - W e i z e n** vernachlässigt. Termine lehnten unter mäßigem Deckungsangebot etwas höher ein, allein es stellte sich bald heraus, daß nur die Zurückhaltung der Abgeber die feste Haltung verursacht hatte, denn nachdem die spärliche Nachfrage befriedigt war, blieben Verkäufer für alle Sichten übrig und gaben in Folge dessen Kurse merklich nach, so daß sie durchgängig 1 M. niedriger als gestern schlossen.

**W o l o - R o g g e n** fast geschäftslos; es wurden nur ganz kleine Partien seiner Qualität zu etwas niedrigerem Preise gehandelt. Termine, welche mit gestrigen Schlukturen einsetzen, ermittelten im weiteren Verlaufe, als mäßiges Realisationsangebot nicht die entsprechende Beachtung fand, wozu sich dann noch Verläufe auf Prämienabschüsse gesellten. Schließlich war ein Rückgang von 1 Mark gegen gestern zu notiren. Die Offerten von russischer Ware blieben ziemlich stark. Man konnte 116 Pf. per März von Libau & 182 1/2 M. cfr. Nov. und Odessa-Dampfer April-Mai & 181 1/2 M., Donau-März-April & 129 M. cfr. Hamburg kaufen.

**R o g g e n m e h l** fast und matt. **M a i s** in effektiver Ware weichend offeriert und flau. Termine matt.

**R ü b ö l** flaut weiter unter dem Eindruck fortgesetzter Realisationen auf nahe, und erneuter Verläufe auf späte Sicht. Preise schlossen 80 Pf. niedriger als gestern. **P e t r o l e u m** schwach preishaltend. **S p i r i t u s** in effektiver Ware mäßig zugeführt, notierte unverändert. Termine bei stillen Geschäft matt, indeß nicht nennenswert billiger.

## Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 4. März. Die heutige Börse eröffnete und verließ im Wesentlichen in fester Haltung; das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen ruhiger und nur vereinzelt und periodisch machte sich gebreke Regelmäßigkeit bemerkbar. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notierungen lauteten im Allgemeinen günstiger und unterstützten die Festigkeit des biesigen Platzes. Hier setzten die Kurse auf spekulativem Gebiet nur teilweise etwas höher ein, konnten sich aber im Übrigen mit einigen Schwankungen gut behaupten.

Umrechnungstabelle: 1 Dollar = 4,25 Markl. 100 Francs = 80 Markl. 1 Gulden öster. Währung = 2 Markl. 7 Gulden südd. Währung = 12 Markl. 100 Gulden holl. Währung = 170 Markl.

1 Mark Banco = 1,50 Markl. 100 Rubel = 320 Markl. Livre Sterling = 20 Markl.

Wechsel-Kurse.	
Amsterd. 100 fl. 8 T.	3 1/2 169,15 b3
Brüss. u. Antwerpen 100 Fr. 8 T.	3 1/2 81,15 b3
London 1 Litr. 8 T.	3 1/2 20 50 b3
Paris 100 Fr. 8 T.	3 1/2 81,20 b3 B
Wien, öst. Währ. 8 T.	4 169,00 b3
Venedig 100 R. 3 W.	6 200 10 b3
Wien 100 R. 8 T.	6 200 60 b3

Geldsorten und Banknoten.	
Sovereigns pr. St.	16 245 b3
20-Francs-Silic.	
Dollars pr. St.	
Imperials pr. St.	20,50 b3
Engl. Banknoten	81 35 b3
Frans. Banknoten	169 05 b3
Deutsch. Banknoten	201 15 b3

Bausatz der Reichsbank.	
Wechsel 4 vSt.	Lombard 5 vSt.

Fonds- und Staats-Papiere.	
Dtsch. Reichs-Anl. 4	102,90 G
Kön. Preuß. Anl. 4	104 00 G
do. do.	4 102,90 b3
Staats-Anleihe 4	101,75 b3 G
Staats-Schuldsch.	99 00 b3
Kur. u. Neum. Schul.	99 00 b3
Berl. Stadt-Oblig.	103,50 G
do. do.	4 101,90 G
do. do.	3 1/2 97,30 G

P f a n d b r i e f e :	
Berliner	5 109,10 G
do.	4 105,00 b3
do.	4 101,80 b3
Landschaftl. Zentral.	102,00 G
Kur. u. Neum.	97,25 b3
do. neue	3 1/2 94,25 b3
do.	4 101,90 G
R. Brandenb. Kredit	4 93,60 G
Ostpreußische	4 101,80 G
do.	4 101,75 b3
Pommersche	4 93,75 b3
do.	4 102,20 b3 G
do.	4 102,10 G
Posensche neue	4 101,70 G
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. do.	4 102,25 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.	4 101,70 b3
Pommersche	4 101,50 G
Posensche	4 101,60 G
Breisgau	4 101,50 G
Athen. u. Westf.	
Sächsische	
Schlesische altland.	
do. Lit. A.	
do. neue II.	
Westpr. littersch.	3 1/2 94,00 G
do. Neuldsch. II.	4 101,90 b3
R e n t e n b r i e f e :	
Kur. u. Neumärk.</	